

## Abschottung im Auftrag Europas

*Früher verübten seine Kämpfer Verbrechen in Darfur. Heute jagt Generalmajor Daglo als Chef der Grenzpolizei Flüchtlinge, die nach Europa wollen.*

Von Simone Schlindwein, tageszeitung, 17.11.2016

„Ich sage es ganz klar: Wir sind von den Flüchtlingen nicht gefährdet, denn die Menschen wollen ja nach Europa“, erklärte der Kommandant von Sudans Schnellen Einsatztruppen (RSF) im August in einer Pressekonferenz in Sudans Hauptstadt Khartum. Stolz präsentierte er der internationalen Presse über 800 verhaftete „illegale Migranten“: Eritreer, Äthiopier und Sudanesen. Sie waren auf dem Weg in die EU, um Schutz zu suchen, als die RSF sie aufgriff. „Also arbeiten wir stellvertretend für Europa“, monierte Generalmajor Mohammed Hamdan Daglo in die Kameras. Berühmt und Berüchtigt ist er unter dem Kriegsnamen „Hametti“.

Ausgerechnet Hametti. Sudans oberster Grenzschützer gilt als mutmaßlicher Kriegsverbrecher. Als Neffe eines der führenden Klanchefts in Ost-Darfur, die traditionell als Kamelhirten und Händler bewaffnet in den Grenzgebieten der Sahelzone umherziehen, wurde seine Reitermiliz 2003 von Sudans Regime als Stoßtrupp aufgestellt, die Rebellen zu bekämpfen. Bekannt als Janjaweed wird Hamettis Miliz von internationalen Menschenrechtsorganisationen für grausame Verbrechen verantwortlich gemacht. UN-Ermittler präsentieren in ihrem jüngsten Bericht Beweise für Folter, Vergewaltigungen und Massenhinrichtungen.

In Sudan selbst gilt er als Held. Erst im April, kurz vor den Wahlen, beförderte Sudans Präsident Omar al Bashir Hametti zum Generalmajor, verteilte Tapferkeitsmedaillen an dessen Kämpfer. Hametti erzielte jüngst im Bürgerkrieg in Darfur den entscheidenden Sieg: die Zerschlagung der Rebellen „Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit“ (JEM). Während Bashir von der Ladefläche eines Pick-Ups herab seine Lobrede auf Hametti hielt, verrotteten im Hintergrund aufgedunsene

Leichen im Wüstensand. Amnesty International berichtet in ihrem jüngsten Darfur-Bericht von Giftgasanschlägen der Regierung gegen die eigene Bevölkerung – vergleichbar mit dem Regime in Syrien. Bereits 2009 stellte der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag gegen Präsident Bashir Haftbefehl aus. Der Vorwurf: Völkermord in Darfur.

Hamettis erledigt auch in den Bürgerkriegsgebieten Süd-Kordofan oder Blue Nile für Bashir die Drecksarbeit und schlägt Aufstände brutal nieder. 2013 gingen Hamettis Einheiten in der Hauptstadt gegen Demonstranten vor. Er gilt als persönlicher Garant von Bashirs Macht und brüskiert sich damit. 2014 stellte er sich in seinem Hauptquartier in Darfur vor die Kameras des australischen TV-Senders ABC. Seine Kämpfer präsentierten schwere Waffen. Gegenüber der im Sudan geborenen Journalistin Nima Elbagir rühmte er sich, er sei 2003 von Sudans Armee angeheuert worden, habe 2006 Präsident Bashir persönlich getroffen. Von ihm empfangen er seitdem direkt seine Befehle. 2013 wurde seine Miliz als Grenzwächtereinheit von Sudans Geheimdienst NISS übernommen, der sich bemühte, die Grenzen zwischen Darfur und Tschad unter Kontrolle zu bekommen, um den JEM-Rebellen die Rückzugswege abzuschneiden. Hametti heuerte seine Verwandten an. Dafür fordert er Pfründe: Macht, Ausrüstung und Einfluss.

Der Geheimdienst darf seit der jüngsten Verfassungsänderung 2015 eigene Truppen unterhalten. Laut Artikel 151 ist er jetzt nicht mehr nur zur „Überwachung der Grenzen und Bekämpfung von Schmugglern“ durch das „Sammeln von Informationen“ zuständig, sondern wurde als eigenständiges Organ der Armee gleichgestellt. Heute ist die RSF rund 6000 Mann stark und sie alle tragen offizielle NISS-Ausweise. Sie sind besser ausgestattet als die regulären Streitkräfte, fahren schnelle Pick-Up-Trucks. Sie sind für die Überwachung der strategisch wichtigen Grenzen zu Libyen, Ägypten und Tschad zuständig. Hamettis Auftrag: wieder Kontrolle über den Grenzstreifen zu gelangen.

Das Chaos in Sudans nördlichem Nachbarland Libyen hat auch Rebellen aus Darfur angezogen, der Handel mit Gold aus ihrer Heimat hat sie reich gemacht. Sie rekrutieren jetzt zunehmend Migranten und rüsten sich entlang der Grenze gegen Sudans Regierung. Dagegen soll Hametti einen Puffer errichten: Er versucht im

Grenzgebiet eine Koalition mit der libyschen Miliz „Libya Done“ aufzubauen, die im Übergangsrat in Tripolis sitzt und von Sudan und Katar unterstützt wird – loyale Truppen also, die Hametti ausstatten muss, um sie gefügig zu halten. Dafür braucht er vor allem eines: Fahrzeuge.

In der Pressekonferenz erklärte Hametti vor internationalen Reportern: Bei der Festnahme der 800 Migranten sei es zu Gefechten gekommen, bei welchen 25 seiner Soldaten getötet, 315 verletzt und 151 Autos zerstört worden seien. „Bei unserem Kampf gegen illegale Migration haben wir schwere Verluste hinnehmen müssen, unsere Fahrzeuge wurden zerstört während wir durch die libysche Wüste Jagd gemacht haben, dennoch hat uns bislang niemand dafür gedankt“, beklagte er sich. Ein mutmaßlicher Kriegsverbrecher erpresst die EU.

In ihrer neuen Migrationspolitik gegenüber Afrika hat sich die EU ausgerechnet Sudan als eines der Haupt-Partnerländer ausgeguckt. Dabei ist Präsident Bashir der einzige Staatschef weltweit, auf welchen das Weltgericht in Den Haag 2009 je einen Haftbefehl verhängt hat – auch auf europäische Initiative hin, wohlgemerkt. Seitdem war Sudan quasi isoliert. Doch jetzt wird zwischen Khartum Brüssel und Berlin wieder viel hin und hergeflogen.

Die deutschen Parlamentarier staunten nicht schlecht, als sie Anfang Oktober in Khartum mit Sudans Innenminister, Leutnant Esmat Abdulrhman, zusammen trafen. Neben den Mitgliedern des Bundestagsausschusses für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit saßen zwei NISS-Agenten mit am Tisch. Am Vortag hatten die Deutschen Bashirs Berater Ibrahim Mahmoud Hamid getroffen, ein enger Vertrauter des Präsidenten, der für ihn die Kontakte zum Westen pflegt, die er aufgrund des internationalen Haftbefehls nicht persönlich führen kann. Da waren die Geheimdienstler nicht dabei.

Hamid ist für die Deutschen der offizielle sudanesischer Ansprechpartner im Khartum-Prozess, einer Plattform auf welcher die EU mit denjenigen Staaten verhandelt, durch welche Migranten vom Horn von Afrika aus kommend auf ihrem Weg gen Europa durchziehen. Ziel des Abkommen soll sein: „Menschenhandel und Schleusertum einzudämmen“. Den Opfern soll „besserer Schutz vor Ausbeutung und Misshandlungen“ gewährt und nicht zuletzt die unkontrollierten Migrationsströme auf

# ReporterFORUM

[www.reporter-forum.de](http://www.reporter-forum.de)

dem Kontinent eingedämmt werden, die laut der neuen europäischen Verteidigungsstrategie die Sicherheit der EU gefährden.

Um dies zu erreichen, will die EU Afrikas Grenzbehörden unterstützen: in Form von „Training, technischer Hilfe und Lieferung von angemessene Ausrüstung, um die Migrationspolitik umzusetzen“, heißt es in dem Abkommen. Doch diese Grenzbehörden sind Sicherheitskräfte, die in der Regel der Polizei, Armee oder wie im Fall der RSF dem Geheimdienst unterstehen. Wird die EU also mutmaßliche Kriegsverbrecher wie Hametti ausrüsten?

Sudan gilt als Haupt-Verhandlungspartner der EU. Der Grund: Es ist das „Haupttransitland“ für Migranten, die vom Horn von Afrika gen Mittelmeer ziehen, so ein internes Dokument des Auswärtigen Amtes in Berlin zum Sudan. Für viele Arbeitsmigranten ist es sogar ein Zielland, geschätzte 2,5 Millionen sind es, die meisten aus Eritrea, Äthiopien, Tschad, Somalia oder Niger. Sogar Syrer sind darunter, da der Sudan eines der einzigen Länder ist, für das sie kein Visum brauchen. Davon sind rund 365.000 Flüchtlinge und Asylbewerber, die übrigen ziehen weiter gen Norden ans Mittelmeer und nach Europa. Khartum hat sich mittlerweile als Haupt-Umschlagsplatz von Schleusern etabliert, so der Bericht. „Äußerst problematisch seien die vielen Schmugglernetzwerke“, steht da.

Sudan produziert selbst zunehmend mehr Flüchtlinge. Sie stellen in der EU gleich nach den Eritreern am meisten Asylanträge, über 11.000 waren es 2015. Schuld sind die Bürgerkriege in den Regionen Darfur, Blue Nile und Südkordofan, die Unterdrückung und Verfolgung von Oppositionellen, Zivilgesellschaft und ethnischen Minderheiten. Über drei Millionen Binnenvertriebene hausen im Sudan in Lagern, so die Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR. Der Parlamentarische Staatssekretär Thomas Silberhorn besuchte Anfang März die Lager: „Für viele Flüchtlinge im Sudan ist die Lage hoffnungslos. Die gefährliche Weiterreise nach Europa ist oft der einzige Ausweg“, sagte er dort in die Kameras.

Doch nur die Hälfte der Asylanträge wird von der EU anerkannt. Die übrigen sollen jetzt abgeschoben werden. Die Rückführungsrate sei im Fall Sudan jedoch „besonders niedrig“, so das EU-Rückführungsabkommen mit Sudan vom März 2016. Sie liege bei nur 12 Prozent, im Vergleich: Bei anderen Ländern sind es 40 Prozent.

Der Grund, so das Abkommen: „ein kompletter Mangel an Kooperation von Sudans Seite“. Um die Kooperationsbereitschaft auszubauen, verspricht die EU im nächsten Satz Maßnahmen zur “Kapazitätsbildung“ und unterbreitete Sudan ein Angebot, das es nicht ausschlagen konnte: die Wiederaufnahme des geächteten Regimes in die Weltgemeinschaft, als „Partner“.

Italien wagte im August einen Testlauf mit einem bilateralen Vertrag. Sofort zeigte sich Sudan kooperativ. Drei Wochen später hob eine Maschine vom Flughafen in Turin ab in Richtung Khartum. An Bord: 40 abgeschobene Sudanesen. Wenige Tage später stellte sich General Hametti vor die Kameras und verlangte die Ausrüstung.

Deutschland spielt in der EU-Politik gegenüber Afrika eine federführende Rolle. Im sogenannten Khartum-Prozess, der die Migration vom Horn von Afrika bis hinauf zu Mittelmeer regulieren soll, sitzt Deutschland sogar mit im Lenkungsausschuss. Kanzlerin Merkel hat den zahlreichen EU-Abkommen mit ihren emsigen Afrika-Reisen und Staatsempfängen im Kanzleramt im Oktober eine deutsche Handschrift verpasst. Sie will rasch Ergebnisse sehen, denn nächstes Jahr sind Bundestagswahlen.

Dazu lässt sich die Bundesregierung jetzt mit repressiven Regimen ein: Entwicklungsminister Gerd Müller reiste Ende 2015 nach Eritrea, versprach im Auftrag der EU ein 200 Millionen Euro Paket zur Fluchtursachenbekämpfung. Die Kanzlerin besuchte im Oktober Äthiopien, wo Aufstände gewaltsam niedergeschlagen wurden. Der Ausnahmezustand wurde einen Tag vor einem Besuch Merkels in der Hauptstadt Addis Abeba verhängt. Sie griff zwar zu deutlichen Worten, betonte die wichtige Rolle einer „aktiven Zivilgesellschaft für die Entwicklung“ und traf sogar äthiopische Oppositionelle. Doch im selben Zug verkündete sie eine engere Zusammenarbeit mit äthiopischen Polizeikräften.

Kaum ist Merkel aus Afrika zurück, kommt eine Polizeidelegation aus dem Sudan nach Berlin gereist. Der Chef von Sudans Immigrationsbehörde, Generalleutnant Awad Dahiya, will biometrische Reisepässe und Ausweise einführen, um auf Wunsch der EU Migration zu kontrollieren. Dazu besichtigte er die Bundesdruckerei in Berlin. Danach wurden im Präsidium der Bundespolizei Hände geschüttelt. Ein „Kennenlerngespräch“, so die Auskunft der Pressestelle auf taz-

Anfrage. Sie betont: „Vereinbarungen zwischen der sudanesischen Polizei und der Bundespolizei wurden mithin im Rahmen des Besuchs nicht getroffen“.

Die Partnerschaft mit Sudan ist längst geregelt, bislang jedoch im Verborgenen. In einem geheimen Drahtbericht des Auswärtigen Amtes, der der taz vorliegt, ist von „maßgeschneiderten Länderpaketen“ die Rede, „die unter keinen Umständen an die Öffentlichkeit gelangen dürften“. Der Grund: „der Ruf der EU stehe auf dem Spiel, wenn sie sich zu stark mit dem Land engagiere“.

Und das Engagement ist gewaltig: Die EU sagt dem Sudan im Rahmen des Khartum-Prozesses anteilig Gelder aus dem 40-Millionen-Euro-Topf für das „Bessere Migrationsmanagement“ zu, wozu Deutschland weitere sechs Millionen zuschießt. Im Rahmen des EU-Afrika-Migrations-und Mobilitätsdialogs fließen weitere 17,5 Millionen Euro anteilig in den Sudan. Weitere 35 Millionen Euro Hilfe für Flüchtlinge sicherte die Bundesregierung zu. Das größte, quasi „maßgeschneiderte“ EU-Paket umfasst 100 Millionen Euro aus dem EU-Treuhandfond für zwei Jahre, um Herausforderungen von „Klimawandel, Armut oder Vernachlässigung“ zu bekämpfen – Stichwort langfristige Fluchtursachenbekämpfung.

Kurz nach Unterbreitung des Angebots kam Sudans Außenminister Ibrahim Ghandour nach Berlin und Brüssel. Gegenüber der ARD erklärte er: „Wir haben „schon lange nach Ausrüstung wie GPS und anderem Grenzschutzequipment gefragt“. Darüber sei mit Deutschland und der EU gesprochen worden und er erwarte „ein gegenseitiges Einvernehmen“. Auf die Frage, ob Sudan bereit sei, die Flüchtlinge zurück zu nehmen, sagte er: „Der Migrationskommissar in Brüssel hat mir gesagt: ‚Wir haben 12.000 illegale Migranten aus dem Sudan in der EU. Sind Sie bereit, die zurückzunehmen?‘ Ich sagte ihm: ‚Sofort. Steht zu Euren Versprechen und sie sind herzlich willkommen‘.

Es geht bei den Verhandlungen vor allem um kurz- und mittelfristige Maßnahmen, so ein internes EU-Strategiepapier zu Sudan, um dann „Schritt für Schritt den politischen Willen des Sudans zu testen“, also ein Zuckerbrot-Ansatz nach dem Motto: Wenn Sudan mitspielt, gibt’s noch mehr hinterher. Die Peitsche ist dagegen eher gemäßigt: „Sollte die Kooperation nicht effektiv sein“, würden die EU-

Mitgliedsstaaten über Visarestriktionen gegenüber Regierungsmitgliedern „diskutieren“.

Zudem erwägt die EU die Erlassung aller Schulden Sudans bei EU-Staaten und will sich bei den USA dafür einzusetzen, Sudan von der Terrorliste zu streichen; sowie sich bei der Welthandelsorganisation (WTO) für neue Gespräche stark machen. Im nächsten Satz folgt der Hinweis: „Die EU sollte das Reputationsrisiko sorgfältig abwägen, sich mit dem Sudan einzulassen“, deswegen erfolge das direkte Engagement der EU über Nichtregierungsorganisationen (NGOs).

Zuständig für die Umsetzung der EU-Migrationspolitik ist im Rahmen des Khartum-Prozesses die deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GIZ). Dafür ist sie in Verruf geraten. Der Grund war der Anhang des Abkommens für das „Bessere Migrationsmanagement“, das sie Ausrüstung und Ausbildung von Grenzbehörden veranschlagt. Sudans Innenminister verlangte darin „verbesserte Grenz-Infrastruktur an 17 Grenzübergängen (Computer, Scanner, Server, Autos und Flugzeug)“. Dahinter kommentierte die EU: „Im Prinzip ja, aber Flugzeug unwahrscheinlich“.

Gegenüber der taz zeigt sich die GIZ verärgert über die Veröffentlichung dieses Anhangs. Denn die „Wunschlisten“ der afrikanischen Regierungen seien im April 2015 bei einer Konferenz in Ägyptens Küstenstadt Sharm el Sheikh entstanden, als die Ländervertreter im Lenkungsausschuss „gebeten wurden, jeweils ihre Bedürfnisse zu äußern“, so Martin Weiß von der GIZ, verantwortlich für das Projekt.

„Nach der Diskussion dieses Dokuments mit der EU haben wir sehr klare Menschenrechtsprinzipien festgelegt“, so Weiß. Diese seien in der Präambel als Vertragsbestandteil mit aufgenommen worden. „Die Maßnahmen werden ausgeführt mit vollem Respekt gegenüber den Menschenrechten von Migranten“, heißt es darin. Eine Ausbildungsmaßnahme für Sudans Grenzbeamten sei „denkbar“, so Weiß, „weil Flüchtlinge dort kriminalisiert werden“. EU-Ausbilder würden den menschengerechten Umgang mit Migranten lehren. Weiß unterstreicht: „Wir werden nicht mit Menschen zusammenarbeiten, die wegen Menschenrechtsverbrechen auf Sanktionslisten stehen“ und „wir werden keine Ausrüstung liefern, die auf geltenden Sanktionslisten aufgeführt ist“.

Seit April war Weiß viel unterwegs. Es mussten Gespräche mit Afrikas Regierungen geführt werden sowie mit Partnern wie der Internationalen Organisationen für Migration (IOM) oder der UN-Büro zur Bekämpfung von Drogen und Verbrechen (UNODC). In Kenia, Äthiopien und Sudan wurden Büros angemietet, in welchen alle Partner als Konsortium zusammen arbeiten werden. Mitarbeiter wurden angestellt. Im Oktober fand ein Treffen mit allen Implementierungspartnern statt, auch mit italienischen, französischen, britischen, berichtet Weiß. Dabei wurden die Projekte konkretisiert. Fünf bis zehn Maßnahmen sollen pro Land umgesetzt werden. Für Äthiopien sei eine „Fortbildung für Richter und Staatsanwälte in Hinsicht die Verfolgung von Menschenhandel mit Fokus auf den menschenrechtlichen Umgang mit Opfern“ konzipiert. Im Sudan sollen sogenannte „Safe Houses“ eingerichtet werden, in welchen Opfer von Menschenhändlern Schutz und Beratung finden. „Im Sudan sind die Gefängnisse voller Migranten, unser Auftrag ist hier, Verständnis für deren Lage herzustellen“, so Weiß.

Für den Kampf gegen Menschenhandel ist seit 2014 im Sudan ein Komitee zur Bekämpfung des Menschenhandels (NCCHF) zuständig, in dessen Leitungsgremium neben Polizei- und Armeevertretern auch NISS-Offiziere sitzen. Diese neue Behörde hat viel zu tun: Ermittlungen sizilianischer Staatsanwälte zufolge gilt als Umschlagplatz für Migranten gen Libyen das Lager „Hajar“ nahe Karthum. Die Schlepper-Paten leben sicher in Sudans Hauptstadt: Von dort aus soll ein somalischer Geschäftsmann über sein Geldtransferbüro enorme Summen zwischen Mittelmeer und Somalias Küste hin und her überweisen. Auch „Erste-Klasse“-Schleußer-Deals werden über Karthum abgewickelt. Wer es sich leisten kann, wird gegen 20.000 oder gar 30.000 Dollar per Flugzeug nach Singapur oder die Philippinen gebracht, von wo aus es dann mit einem Schengen-Visum nach Europa geht. Hauptdrehkreuz ist dafür der Flughafen von Karthum. „Es ist nicht auszuschließen, dass auch sudanesishe Grenzbeamte gegen Geld die Menschenhändler unterstützen“; heißt es in einem internen Papier des Auswärtiges Amtes vom Juni 2016. Dies bestätigt, was Sudan-Experten hinter vorgehaltener Hand munkeln: Sudans Regime kooperiert und schützt die Menschenhändler sogar. Für die EU ist es jedoch „Partner“ im Kampf gegen Menschenhandel.



„Es ist eine Schande, dass sich die GIZ auf so etwas einlässt“, kritisiert Jerome Tubiana. Der Researcher für die Nichtregierungsorganisation Small Arms Survey (Kleinwaffenüberwachung) und ehemalige Sudan-Ermittler der UNO kommt gerade von der Grenze zwischen Sudan und Tschad zurück, die er in diesem Jahr bereits mehrfach besuchte. Im Sudan sei „oft nicht klar wer hier wer ist – selbst wenn jemand eine Uniform trägt“, so Tubiana und warnt: „Sudan ist doch nicht die Türkei, mit welcher man solche Deals machen kann“.

Tubiana berichtet von Sudans Grenzposten zu Tschad: ein Seil, mehrfach zusammengeknotet und lose gespannt über eine holprige Piste mitten in der Wüste – keine Demarkationslinie, kein Grenzzaun. Ab und zu düst eine Patrouille vorbei, ein Pick-Up von Tschads Grenzbehörde und Hamettis RSF, die seit 2010 hier zusammenarbeiten. Viehhirten, Lastwagen, Händler und lokale Milizen überqueren die unsichtbaren Linien. Aus seinen Gesprächen mit Grenzbeamten weiß er, dass sie, obwohl sie der Polizei und damit dem Innenministerium unterstehen, eng mit Sudans Geheimdienst NISS zusammenarbeiten. Von früheren Besuchen an der Grenze zu Südsudan, in der umstrittenen Ölregion Abyei, weiß er: Die Grenzbeamten in Polizeiuniform sind NISS-Agenten.

Eritreer, die in den vergangenen Monaten aus ihrer Heimat über die Grenze in den Sudan geflohen sind, berichten der Exilorganisation Eritreische Initiative für Flüchtlingsrechte (EIRR), sie hätten hoch gerüstete Spezialeinheiten patrouillieren sehen. EICCR-Direktorin und Journalistin Meron Estefanos bekommt immer mehr Anrufe von Eritreern auf der Flucht: „Sie erzählen, Sudans Einheiten seien von Deutschen ausgerüstet worden, deswegen wagen sie sich nicht mehr über die Grenze“, sagt die Eritreerin gegenüber der taz aus dem Exil in Schweden. Sie vermutet, dies seien Gerüchte, nachdem in den Medien die Zusammenarbeit von Sudans Grenzeinheiten mit Deutschland publik wurde. Doch es führe nun dazu, dass Eritreer jetzt vermehrt nach Äthiopien flüchten statt in den Sudan.

Auf Nachfrage, wie die GIZ mit den RSF-Truppen entlang zu Libyens Grenze umgehen wird, antwortet Weiß: „Wir müssen unsere Partner vor Ort kennen lernen und sehr sorgfältig bewerten, ob mit denen eine Zusammenarbeit möglich und überhaupt gestattet ist.“